

Bürgerinitiative Niedernhausen/Eppstein, Idsteiner Straße 92, 65527 Niedernhausen

Niedernhausen/Eppstein, den 26.11.2018

Peter Altmaier MdB
Bundesminister
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

Offener Brief

Stromnetzausbau - Vorhaben 2 des Bundesbedarfsplangesetzes Gespräch mit Bürgerinitiativen zum Netzausbau am 30. November 2018

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

Ihre Einladung und Ihr Programm zum Gespräch mit Bürgerinitiativen zum Netzausbau am 30.11. haben wir erhalten. Leider wird weder aus Ihrem Programm noch aus Ihrer Einladung erkennbar, dass sich das Bundeswirtschaftsministerium der Nöte und Forderungen der betroffenen Bevölkerung und der Kommunen im Untertaunus annimmt.

Wir, die Bürgerinitiativen und Gemeinden entlang der Ultranet-Trasse sind explizit nicht gegen die Energiewende. Wir haben aber den Eindruck, dass ohne Rücksicht auf die Gesundheit und Lebensqualität der Bürger „mit der Brechstange“ die neue, unerforschte Ultranet Höchstspannungstechnik als Hybridleitung auf der alten Trasse durchgesetzt werden soll. Die Vorhabenträgerin selbst stellt in Kap. 3 (S.4 und 5) der Antragsunterlagen Abschnitt D fest, dass die neue, erstmals angewandte Technik, die aufgrund der Zusammenführung von Wechsel- und Gleichstrom unter Verwendung einer Umschaltoption die eigentliche, vom Gesetzgeber vorgesehene Übertragungsfunktion gefährden kann. Aufgrund der Neuartigkeit und fehlender Erprobung der Umschaltmöglichkeit können Totalausfälle nicht ausgeschlossen werden – soweit die Meinung der Vorhabenträgerin zum Pilotprojekt (!). Erkenntnisse und Erfahrungen über gesundheitliche Belastungen gibt es ebenfalls nicht.

Die dafür vorgesehene „Bestandsstrecke“ besteht aus einer Trasse mit einer 220kV- und einer 380kV-Wechselstromleitung und basiert auf einer Linienführung aus der Zeit der Weimarer Republik. Die ursprüngliche Trasse wurde ständig in ihrer Kapazität aufgestockt, ohne auf die inzwischen entstandene Bebauung im Umfeld der Leitung Rücksicht zu nehmen, bzw. die Abstände anzupassen. Es ist nach unseren Recherchen davon auszugehen, dass für die dzt.

Seite 1 von 3

Bankverbindung: IBAN: DE53 5109 1700 0020 9149 04 BIC: VRBUDE51

installierte Wechselstromtechnik keine Planfeststellung mit fachgesetzlichen Zulassungen wie z.B. Erlaubnissen, Bewilligungen, Befreiungen etc. nach Bau-, Wasser-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Forstrecht usw. durchlaufen wurde, um die Kapazitätsänderungen und die erhöhten Spannungsebenen sorgfältig genehmigungsrechtlich zu prüfen. Nach unserer Einschätzung hätte diese Leitung vor 10 Jahren zwingend einer Planfeststellung unterliegen müssen.

Bei der SuedLink Trasse und der SuedostLink Trasse der Tennet ist dies anders. Dort haben die Leitungen für diese neue Hochspannungsgleichstromübertragungstechnik (HGÜ-Technik) inzwischen als gesetzliche Auflage die Einhaltung eines Abstands-Schutzstreifen von 400 m von geschlossener Wohnbebauung vorgeschrieben oder alternativ Erdverkabelung.

Die Bürger, die an der Ultranet-Trasse wohnen, werden nicht nur für die neue HGÜ-Technik sondern auch für die erstmalig angewandte Hybridtechnik (Höchstspannungsgleichstrom- und -Wechselstrom auf einem Mast) ohne Einhaltung von ausreichenden Schutzabständen als Versuchskaninchen missbraucht. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat in seinen aktuellen Forschungsprogrammen mehrfach darauf hingewiesen, dass die dürftige Datenlage für die Formulierung eines ausreichenden Schutzes der Wohnbevölkerung eine gesetzliche Forderung nach 400 m Mindestabständen oder Erdverkabelung rechtfertigt.

Mit Ultranet wird ein großes Experiment an den Anwohnern gestartet. Ohne ausreichende und aussagefähige Ergebnisse von Langzeitstudien über biologische und gesundheitliche Auswirkungen der Gleichspannungsfelder und deren Auswirkungen zu kennen, werden HGÜ-Leitungen bis zu 20m neben die Wohnbebauung auf Masten der Bestandstrasse gehängt, die teilweise erheblich erhöht werden.

Bei der Ultranet Trasse spricht die Bundesnetzagentur – wie die Amprion GmbH - stets davon, dass es sich lediglich um eine Neubeseilung auf „alten Trassen“ handelt. Dies ist falsch. Es handelt sich um eine völlig andere und neue Technik mit anderen Auswirkungen als die bei der Wechselstromübertragung.

Unsere Bürgerinitiative versucht seit gut 2 Jahren gemeinsam mit den Gemeinden und Kommunen die entsprechenden Schutzabstände bzw. alternativ die Erdverkabelung durchzusetzen. Wir sind dazu auch schon im April 2018 nach Berlin gefahren und haben in einer ganz ähnlichen Frage- und Antwortstunde im Bundeswirtschaftsministerium – so wie sie jetzt am 30.11.2018 wieder stattfinden soll - unser Anliegen vorgetragen. Wir haben damals gemeinsam mit unserem Landrat, unserem Bürgermeister und den beiden Bundestagsabgeordneten Willsch und Rabanus um Einhaltung der Abstandsregelung bzw. alternativ Erdverkabelung gebeten und dies eindringlich gefordert. Bis heute gibt es kein Entgegenkommen von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums.

Es ist zu vermuten, dass die jetzt geplante Veranstaltung am 30.11.18 blinder Aktionismus des Bundeswirtschaftsministeriums ist und wieder nur in Beschwichtigungen ausartet bzw. der Presse als „Erklärungs- und Vermittlungsgespräch für die Bevölkerung“ verkauft wird.

Wir waren ursprünglich geneigt, dieser Veranstaltung aus oben genannten Gründen fern zu bleiben, wurden jedoch von unseren Mitgliedern gebeten, wieder Kosten und Zeit zu investieren, um unser Anliegen in der Sache Ultranet vorzutragen. Unser Ziel ist der minimale Schutz der Anwohner an der Ultranet-Trasse vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen und immer bedrohlicher wirkenden Masten. Wir hoffen noch immer, dass das Bundesministerium für Wirtschaft unsere Forderungen nach 400 m Schutzabständen und einer partiellen Erdverkabelung auch für Ultranet in die aktuelle Novellierung des NABEG (Netzausbau und Beschleunigungsgesetz) bzw. auch des BBPlG (Bundesbedarfsplangesetz) aufnehmen wird.

Wir fordern noch einmal eindringlich, dass eine Verschwenkung bzw. alternativ Erdverkabelung der Ultranet Trasse bei Wohnbebauung auch in den Gemeinden des Untertaunus gesetzlich vorgeschrieben wird.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der Bürgerinitiative

gez. Rainer Wegner

gez. Dr. Dirk Lorbach

Tel. 0171 2013 776